

**Dr. Hans-Joachim Schabedoth**

---

**Nach Schwarz-Gelb – der politische Kurswechsel**

Vorstellungsrede Wahlkreisdelegiertenkonferenz

Neu- Anspach, 14.11.2012

Es gilt das gesprochene Wort

Früher sagte man:

„Sie streiten wie die Kesselflicker.“ Das ist inzwischen veraltet. Heute sagt man:

„Sie streiten wie Schwarz-Gelb.“

Kostproben gefällig?

- Die einen halten die anderen für eine „gesundheitspolitische Gurkentruppe“.
- Die anderen antworten, der eine sei eine „Wildsau“.
- CSU Generalsekretär Dobrindt gilt in FDP-Kreisen als „Doofrind“.
- Und man ist schnell ein „Quartalsirrer aus dem Norden“, wenn man einen aus dem Süden fragt, ob dessen Einsatz für das Betreuungsgeld etwas mit der plötzlichen außerehelichen Vaterschaft zu tun haben könnte.
- Schließlich unvergessen: Der eine „kann die Fresse“ des anderen „nicht mehr sehen“.

Der Koalitionsvertrag der schwarz-gelben-Koalition war eher ein

Waffenstillstandsabkommen als ein Fahrplan für Deutschlands Zukunft.

Koalitionsgipfel ohne Zahl wurde nötig, um gegenüber der Öffentlichkeit Einigkeit auf den kleinsten möglichen Nenner beweisen zu können. Auch der letzte

Koalitionsgipfel hat das wieder versucht.

Die meisten journalistischen Beobachter sprachen beim dürftigen Ergebnis von einem „Kuhhandel“. Doch nur weil dabei so viel Mist herausgekommen ist, sollte man das edle Geschäft mit Rindviechern lieber doch nicht zum Vergleich heranziehen.

Das Beste vom Schlechten: Es soll mehr in den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur finanziert werden. Und auch das Eintrittsgeld beim Arztbesuch wird abgeschafft. Überfällig war es schon seit Jahren. Denn die versprochene Steuerungswirkung der Praxisgebühr ist nicht eingetreten. Übrig blieb nur das Abkassieren aller Patienten und in vielen Fällen das Abschrecken von Kranken vor dem Arztbesuch.

Skandalös sind die weiteren Entscheidungen der Koalitionsgipfel-Stürmer: Es fehlen bundesweit 220.000 Betreuungsplätze. Jetzt soll es staatliche Geldleistungen für die Nicht-Inanspruchnahme einer Betreuung geben. Eine Prämie für die Nicht-Inanspruchnahme einer staatlichen Leistung. Wo soll das enden? Bekommen auch Nicht-Benutzer von Autobahnen eine Prämie? Warum nicht auch ein paar Euros für Nicht-Opernbesucher? Wahnsinn, so urteilen nahezu einhellig die Experten. Die FDP hat noch ein Zückerchen ausverhandelt: Wer das Betreuungsgeld bei einer Versicherung zur privaten Vorsorge oder für Bildungssparen investiert, bekommt noch einen Bonus von 15 Euro.

So sieht es also aus, wenn Wirtschaftsminister Rösler sein Versprechen einlöst, „zu liefern“, die CSU die Regierung erpresst und Angela Merkel es laufen lässt.

Eine weitere Mogelpackung verbirgt sich hinter dem schmucken Titel „Lebensleistungsrente“. Die Hürde für diese Leistung ist so hoch, dass sie Bedürftige kaum erreichen. Sie müssten 40 Versicherungsjahre aufweisen und auch noch auf eine private Rentenversicherung eingezahlt haben. (Noch ein Bonbon der FDP für die Versicherungswirtschaft) Die Koalition folgt hier einem völlig falschen Ansatz. Zweckgerechter wäre es, dass jeder Mann/ jede Frau nach 40 Versicherungsjahren mindestens eine armutsfeste Rente erwerben kann. Notwendig wäre dafür ein

Vorgehen gegen die Ausweitung von Niedriglöhnen und ein gesetzlicher Mindestlohn. Von dieser Koalition kann man das nicht mehr erwarten.

Schließlich erfährt man, die Bundesregierung verlangt nicht mehr bloß im üblichen pharisäerhaften Stil eine Haushaltskonsolidierung von anderen EU-Staaten, sondern sie will das auch selber ernst nehmen: Bis 2014 soll der Haushalt ohne strukturelles Defizit auskommen, drei Jahre früher als bislang geplant. Der Haken: Nach wie vor wird ignoriert, dass wir mehr ein Einnahmeproblem als zu viele Ausgaben haben. Wenn das so bleibt, sollten sich die kleinen Leute bei der versprochenen Haushaltskonsolidierung am besten jetzt schon die Tasche zunähen. Einmal mehr wird deutlich: Die Politik unseres Landes ist bei den Schwarz-Gelben in schlechten Händen.

Im Fortgang dieser Politik droht der Gesellschaft mehr denn je eine Spaltung.

Den deutlichsten Spaltungstrend erleben wir tagtäglich in der Arbeitswelt.

- In Deutschland arbeiten mittlerweile zehn Millionen Menschen in befristeten Arbeitsverhältnissen, Leiharbeit oder Minijobs.
- Über Werkverträge wird an der Lohndumpingschraube kräftig weitergedreht.
- Knapp acht Millionen Menschen sind Niedriglöhner und verdienen im Durchschnitt weniger als sieben Euro pro Stunde.

Die Bundesregierung duldet diese Entwicklung und fördert sie sogar noch. Denn die Verdienstgrenze für Minijobs von jetzt 400 soll auf 450 Euro steigen.

Die Zahlen zur schleichenden Prekarisierung der Arbeitswelt sprechen ja nicht nur für den Zerfall des Zusammenhangs von Arbeit, sozialer Sicherheit und gesellschaftlicher Integration.

Mit der Ausweitung von prekären Beschäftigungsformen verliert die Arbeit Stück für Stück ihre gesellschaftliche Integrationskraft, und Altersarmut wird vorprogrammiert.

Das Ergebnis ist eine tiefe gesellschaftliche Spaltung.

Es gibt jene, die über eine halbwegs sichere und angemessen entlohnte Arbeit verfügen.

Und es gibt immer mehr, die davon nur noch träumen können.

Es hilft eben nicht weiter, wenn die Politik sich nur über die höhere Erwerbsbeteiligung freut, den Trend minderer Arbeitsqualität aber ignoriert.

Es ist nie richtig gewesen, dass alles, was Arbeit schafft, auch noch irgendwie sozial sei.

Dieser leichtfertige Spruch ruiniert systematisch den Wert und die Würde der Arbeit.

Das ist Wasser auf die Mühlen derjenigen, die so billige Löhne wie möglich zahlen wollen, und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in die Schutz- und Rechtlosigkeit treiben.

Gesellschaftliche Spaltungstendenzen sind allerdings nicht nur ablesbar an den Entwicklungen auf den Arbeitsmärkten. Die unsicheren Beschäftigungsverhältnisse und Armutslöhne von heute programmieren die Altersarmut von morgen. Und die Schieflage bei der Vermögensverteilung hat sich inzwischen noch weiter verschärft.

Wir können das quasi amtlich dem neuen Armuts- und Reichtumsbericht entnehmen. Er liefert eine Bilanz der politischen Fehlentwicklung der vergangenen Jahren.

Im Vorwort zum ersten Entwurf des Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung können wir noch die denkwürdige Passage lesen – ich zitiere: „Die Bundesregierung prüft, ob und wie über die Progression in der Einkommenssteuer hinaus privater Reichtum für die nachhaltige Finanzierung öffentlicher Aufgaben herangezogen werden kann.“

Einen späte Einsicht, aber immerhin eine richtige Schlussfolgerung.

Doch Ministerin Ursula von der Leyen hat sich damit kräftige Klassenkeile eingehandelt. Das sei „Linksrhetorik pur!“. „Das ist das ganze Gegenteil von dem, was wir im Koalitionsvertrag beschlossen haben.“ So musste sie sich aus dem eigenen Lager belehren lassen.

Und schließlich wurde wieder einmal die richtige politische Einsicht auf dem Altar ideologischer Dogmatik der Konservativen geopfert.

Frau von der Leyen ließ klarstellen: Die umstrittene Formulierung solle Reiche „zum Spenden für gemeinnützige Zwecke“ bewegen.

Immer häufiger überholt die reale Politik die Satire.

Wo wir von Steuergerechtigkeit und Sozialpflichtigkeit des Eigentums sprechen, loben Marktradikale die Spendenbereitschaft der Reichen und verhöhnen damit die Opfer von Ausgrenzungspolitik.

Symptomatisch für diese Geisteshaltung war der US-Präsidentschaftskandidat der Republikaner Mitt Romney.

Romney musste sich mit dem Vorwurf auseinandersetzen, selbst überhaupt keine Steuern zu zahlen.

Um sich von diesem Vorwurf zu entlasten teilte er mit, er verdiene im Jahr 14 Millionen Dollar und zahle immerhin 14 Prozent Steuern.

Das wird alle besonders erfreut haben, die weit weniger als 100.000 Dollar im Jahr verdienen, dafür aber mehr als den doppelten Steuerprozentsatz zahlen.

In welcher Welt leben diese Leute, die ein gerechtes Steuersystem, einen steuerungsfähigen Staat, eine Verpflichtung auf das Allgemeinwohl als eine Einschränkung der eigenen Freiheiten begreifen, vor der sie die Politik zu schützen habe?

Wer das hinterfragt, den hauen sie mit der Argumentationskeule, er schüre „Neiddebatten“.

Ist wirklich jeder Handtaschendieb entastet, der zu seiner Verteidigung vorbringt, einer blinden Rentnerin nicht 1000 Euro, sondern bloß 250 Euro geklaut zu haben? FDP Wirtschaftsminister Philipp Rösler und die Bundeskanzlerin sind sich schnell einig geworden, aus dem Armuts- und Reichtumsbericht keine Schlussfolgerungen für die Steuerpolitik zu ziehen.

Bekanntlich wollte die FDP Bundesjustizministerin sogar den Ankauf von CDs mit den Portfoliodaten unserer Steuerhinterzieher unter Strafe stellen. Das ist die Politik einer Reichtumsverteidigungsliga.

Sie wollen Ludwig Erhards Botschaft vom „Wohlstand für alle!“ schon lange nicht mehr als Verpflichtung der marktwirtschaftlich verfassten Demokratie verstehen.

Nur die oberen Einkommenssegmente haben von der Gewinnexplosion der Wirtschaft enorm profitiert, während die Einkommen in den nicht tarifpolitisch gesicherten Segmenten der Wirtschaft stagnierten oder sich sogar noch durch die Preisentwicklung minderten.

Inzwischen verdient das Vorstandsmitglied eines Konzerns nicht mehr nur das 20-fache eines Arbeiters. Es wird mittlerweile oft mehr als das 200-fache ausgezahlt.

Und schließlich darf man bei einer Bestandsaufnahme von Zuflussquellen für soziale Spaltung das im Vergleich mit vielen anderen Ländern vormoderne Bildungssystem unseres Landes nicht ausklammern.

- Jahr für Jahr verlassen 70.000 junge Menschen die Schulen ohne Abschluss.
- Einem Aufsteiger im Schulsystem stehen nach jüngsten Untersuchungen zwei Absteiger gegenüber.
- Vor allem die Talente von Einwanderkindern werden unzureichend gefördert.
- Die soziale Stellung der Eltern ist immer noch maßgeblich für den Bildungserwerb der Kinder.
- Und für das Industrieland Deutschland höchst alarmierend: Die naturwissenschaftlich/technische Hochschulausbildung bleibt hinter absehbaren quantitativen und auch qualitativen Anforderungen immer mehr zurück.
- Schließlich wissen wir, dass auch im beruflichen Ausbildungssystem noch Vieles im Argen liegt.

Noch immer versprechen uns Markttradikale neue Konjunkturaufschwünge, würde man die Steuern weiter senken und damit die Marktkräfte stimulieren. Jede Wirtschaftskrise hat gezeigt, wie selbstbetrügend es ist, den Versprechen entfesselter Märkte zu vertrauen.

Die skandalöse Reichtumsverteilung in unserem Land lässt sich nicht allein durch Tarifpolitik korrigieren. Deshalb brauchen wir eine andere Steuerpolitik. Ohne sie gibt es keine gerechte Gesellschaft.



In Gesellschaften, die dem Gerechtigkeitsziel verpflichtet sind, gibt es nachweislich weniger sozialen Sprengstoff.

Es gibt weniger Kriminalität, Rassenhass, Drogenkonsum, vererbare soziale Deklassierungen und so weiter.

Mit der Leitorientierung „Soziale Gerechtigkeit“ ist nicht nur ein besserer Staat zu machen. Auch eine kapitalistische Marktwirtschaft kann sich nur mit sozialer Bindung mehr zum Segen als zum Fluch entwickeln.

Es ist unser Anliegen, den ungezügelten Kapitalismus in die Schranken einer sozialen Demokratie zu zwingen.

Ich bin mir sicher: Mit unserer Orientierung auf gute Arbeit und gutes Leben können wir Vorstellungen wecken, wie es anders gehen kann.

Sie führen zu einer Gesellschaft, die insgesamt fairer ist.

Ich fasse unsere Herausforderungen zusammen:

- Es geht um gute Arbeit mit besseren Löhnen und mehr Sicherheit für alle, deshalb brauchen wir eine neue Ordnung auf den Arbeitsmärkten.
- Wir brauchen altersgerechte Arbeitsplätze und flexible Übergänge in der Rente, bessere Bedingungen für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie und nicht zuletzt mehr Demokratie in der Arbeitswelt.
- Zu den wichtigsten politischen Herausforderungen zählt ein gerechtes Steuersystem.
- Es geht nicht ohne einen offenen Zugang zur Bildung für alle, wenn wir die Spaltung der Gesellschaft stoppen wollen

Das ist eine ganze Menge, wofür es sich lohnt, sich zu engagieren.

Inzwischen haben ja auch Bürgerinnen und Bürger gemerkt, dass sie gar nicht gemeint waren, als Philipp Rösler fröhlich in die Welt krächte, es solle nun geliefert werden.

Bis heute gibt es

- keine gesetzlichen Mindestlöhne
- keine irgendwie hinreichende Versorgung mit vorschulischen Bildungseinrichtungen,
- keine Grenzziehungen für das Schalten und Walten der Banken und Hedgefonds in der Finanzwelt
- und es gibt auch keine plausible Konzeption zur Auflösung der Eurokrise.

In Spanien sind über 50 Prozent der Jugendlichen arbeitslos.

Frau Merkel und ihre konservativen Amtskollegen finden es angemessen, wenn darauf mit reduziertem Kündigungsschutz geantwortet wird.

Was nutzt es den Griechen, wenn Rentner auf Wasser und Brot gesetzt werden und die Arbeitnehmer für ein Appel und ein Ei arbeiten, wenn die Reichen weiterhin keine Steuern zahlen?

Und wem nützt es, wenn in Portugal Menschen, die noch Arbeit haben, ein paar Jahre später in Rente gehen sollen und die Jugend arbeitslos bleibt?

Auf solche Fragen weiß die amtierende Koalition keine Antwort.

Deshalb fürchtet sie sich davor, dass Fragen dieser Art überhaupt gestellt werden.

Frau Merkel fährt immer nur auf „Sichtweise“ der nächsten Probleme.

Das hört sich gut an. Aber sie hat dabei den Kurs verloren.

Hatte sie denn je einen gehabt fragen ihre journalistischen Beobachter?

Ich will nur einen zitieren, Holger Schmale von der Frankfurter Rundschau. Wie uns alle beschäftigten ihn die Fragen,

- Wie kann man die Energiewende in den Griff bekommen?
- Wie bereiten wir das Land auf eine Rezession bei womöglich gleichzeitig wachsender Belastung durch die Euro-Krise vor?
- Was lässt sich strukturell gegen die sich anbahnende große Altersarmut unternehmen?

Dann befindet er, Schwarz-Gelb habe schon lange aufgehört, gestaltende Politik zu betreiben. Es sei nur deshalb nicht so richtig aufgefallen, „weil die Euro-Krise alle Kraft der damit befassten Politiker und alle Aufmerksamkeit des politisch Interessierten Publikums absorbiert.

Und er sieht voraus: (ich zitiere)

„Angela Merkel wird versuchen, ihr hohes persönliches Ansehen bei den Wählern bis zum Wahltag zu pflegen, ohne dass es zu sehr vom parteipolitischen Handeln und dubiosen Deals der Koalition gemindert wird. Es ist keine neue Strategie, aber eine höchst erfolgreiche; die Wertschätzung für Angela Merkel rührt schon lange daher, dass sie diesen nüchternen – präsidentalen Regierungsstil pflegt, der ihr Sympathien in allen politischen Lagern beschert.“

Es spricht einiges dafür, dass diese Rechnung trotzdem nicht aufgeht.

Es rumort im eigenen Lager der Schwarz-Gelben Lager.

Hardcore-Konservative vom Schlage des hessischen Christean Wagner versuchen schon lange über den so genannten „Berliner Kreis“ die eigene Parteichefin wieder auf den rechten Weg zu führen.

Ihre Politik sei ihnen zu sozialdemokratisch, so kann man es vereinzelt nachlesen.

Besonders empörend ist in dieser Optik,

- dass Angela Merkel irgendwie, aber letztendlich folgenlos, für Mindestlöhne sei,
- dass sie das dreigespaltene Schulsystem nicht mehr heilig sprechen will,
- und als sozialdemokratisches Teufelszeug gilt auch ihr Zick-Zack-Kurs zum Atomausstieg.

Wir sagen mehr davon, aber ohne Merkel.

Ihr Rumeiern beim Atomausstieg hat uns wertvolle Zeit gekostet.

Bei ihrer Vorstellung von Mindestlöhnen geht es nur um Placebos.

Unser gesamtes Bildungssystem ist nach wie vor im Vergleich mit Europäischen Standards vormodern.

Die regierenden Konservativen um Mutti und Philipp haben bislang nicht verstanden, dass soziale Gerechtigkeit mehr ist als nur ein Thema für Sonntagsreden.

Schon Philosoph und Kirchenlehrer Augustinus (254-430) stellte fest:

„Was sind Staaten anders als große Räuberbanden, wenn es in ihnen keine Gerechtigkeit gibt.“

Christdemokraten und Christsozialen sollte das eigentlich vertraut sein.

Ich komme zum Fazit:

Die schlechte Nachricht: Wir werden uns wohl noch weitere zehn Monate über Schwarz-Gelb ärgern müssen.

Die gute Nachricht: Die Wählerinnen und Wähler haben dann das Wort und können den Kurswechsel wählen.

Dafür arbeiten wir jetzt alle zusammen.

Ich freue mich darauf.